



DR. MATHIAS MIDDELBERG, MdB

Innenpolitischer Sprecher
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen



| Berlin: mittendrIn |

11. Juni 2021

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

Anfang Juni haben wir in Hameln die **Landesliste der CDU Niedersachsen für die Bundestagswahl am 26. September** beschlossen. An der Spitze der 30 Unionskandidaten/-innen: Unser **"Team Niedersachsen"** mit **Silvia Breher** und **Hendrik Hoppenstedt**.

| Nr. | Name | WK-Nr. und Bezeichnung |
|-----|-----------------------------|---|
| 1 | Dr. Hendrik Hoppenstedt MdB | 043: Hannover-Land I |
| 2 | Michael Grosse-Brömer MdB | 036: Harburg |
| 3 | Gitta Connemann MdB | 025: Unterems |
| 4 | Dr. Mathias Middelberg MdB | 039: Stadt Osnabrück |
| 5 | Enak Matthias Ferlemann MdB | 029: Cuxhaven – Stade II |
| 6 | Anne Janssen | 026: Friesland – Wilhelmshaven – Wittmund |
| 7 | Tilman Kuban | 047: Hannover-Land II |



Der stellvertretende Botschafter Israels, Aaron Sagui, besuchte mich in meinem Berliner Büro. Der Termin war lange verabredet, hatte nun aber wegen der antisemitischen Vorfälle bei Demonstrationen



in den letzten Wochen eine besondere Aktualität. Umso mehr begrüßen wir die gerade vereinbarte Waffenruhe im Nahen Osten.



Herzlichen Glückwunsch an Katharina Pötter zur Nominierung als Oberbürgermeisterkandidatin! Mit Katharina Pötter hat die CDU Osnabrück eine ausgezeichnete Bewerberin für die **Oberbürgermeisterwahl am 12. September** nominiert. Katharina wäre eine erstklassige Oberbürgermeisterin!

Presse



07. Juni 2021

Middelberg: Antisemiten sollen nicht mehr eingebürgert werden



Mathias Middelberg Foto: dpa

Rena Lehmann

BERLIN Nach antisemitischen Vorfällen bei Demonstrationen in Deutschland hat der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Mathias Middelberg (CDU), jetzt den Vorschlag gemacht, das Einbürgerungsrecht zu verschärfen.

Demnach sollen antisemitisch motivierte Handlungen künftig eine Einbürgerung ausschließen. „Im Staatsangehörigkeitsrecht sollte ausdrücklich geregelt werden, dass Einbürgerungen von Personen, die antisemitisch motivierte Handlungen vorgenommen haben, ausgeschlossen sind“, sagte Middelberg unserer Redaktion.

„Wer öffentlich gegen Juden hetzt, die Existenz des Staates Israel infrage stellt oder die israelische Fahne verbrennt, der darf nicht deutscher Staatsbürger werden“, so Middelberg weiter. Zu der erforderlichen Loyalitätserklärung soll im Gesetz der ausdrückliche Hinweis aufgenommen werden, dass antisemitisch motivierte Handlungen mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes unvereinbar sind.

Erst am Samstag hat es einen Brandanschlag auf

Viele fabulieren über eine schwarz-grüne Koalition. Ein Blick in das **Wahlprogramm der Grünen** offenbart, dass eine **Zusammenarbeit mit den Grünen vor allem im Bereich Migration kaum möglich** ist. Wenige Beispiele:



Foto: DIE ZEIT

- Die Grünen fordern die Festschreibung einer **„vielfältigen Einwanderungsgesellschaft“ als Staatsziel im Grundgesetz**. Das erfordert auch die „gleichberechtigte politische Teilhabe“ von Migrant*innen“. **Ausländer, „die hier dauerhaft ihren Lebensmittelpunkt haben“, sollten deshalb künftig „gleichberechtigt“ an Wahlen teilnehmen dürfen. Staatsbürgerschaft und Wahlrecht würden damit entkoppelt – ein international ziemlich einmaliger Vorgang.** Der Deutsche Bundestag würde dann demnächst von immer mehr Ausländern und Mehrstaatlern mit gewählt werden. Zugleich könnten dieselben Ausländer an Wahlen in ihren Herkunftsländern teilnehmen und dort Parlamente oder Präsidenten wählen. – Wie das Identität und Zusammenhalt stiften soll, wissen wohl nur die Grünen.
- **Die Grünen wollen auch beim Erwerb der Staatsbürgerschaft Veränderungen.** In Deutschland geborene Kinder z. B. sollten schon dann automatisch deutsche Staatsbürger werden, wenn nur ein Elternteil „rechtmäßig seinen Aufenthalt“ hier hat. **Das Kind zweier Asylbewerber, von denen nur einer – und nur befristet – als Flüchtling hier anerkannt ist, wäre damit schon Deutscher und alle erwürben ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht – auch wenn keiner der Beteiligten die deutsche Sprache spricht.**
- In der europäischen Asylpolitik gilt bislang der Grundsatz, dass der Ersteinreisestaat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist. Von diesem Grundsatz wollen die Grünen abgehen und ihn durch das **Kriterium der erweiterten „familiären Bindung“** ersetzen. Ein Bruder oder eine Schwester, die in Deutschland als schutzbedürftig anerkannt wurden, würden ein Recht auf ein Asylverfahren in Deutschland begründen. Angesichts der Tatsache, dass Deutschland den Status der Schutzbedürftigkeit seit 2015 mehr als 800.000 Menschen zuerkannt hat, **würde Deutschland schnell zum Magnet weiterer Asylzuwanderung.**
- Die Grünen wollen das **„Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen“**. **Jeder, der in Deutschland einen Asylantrag stellt, hätte deshalb vom ersten Tag an Anspruch auf umfassende Sozialleistungen genauso wie Mitbürger, die hier jahrelang in die Sozialkassen eingezahlt haben – auch wenn absehbar ist, dass das Asylgesuch gar keinen Erfolg haben wird.** Der Sog nach Deutschland würde dann noch größer, obwohl fast 70 % derer, die zu uns kommen gar nicht als schutzberechtigt eingestuft werden. – **Und dabei steigen die Asylbewerberzahlen gerade wieder deutlich: allein im Mai hatten wir schon wieder fast 10.000 Asylanträge.**

Herzliche Grüße,



eine Synagoge in Ulm gegeben. Ein Unbekannter hatte an dem Gebäude eine Flasche mit einer Flüssigkeit auf den Boden entleert und diese angezündet. Ein Zeuge verständigte Feuerwehr und Polizei, der Täter flüchtete. Die Feuerwehr löschte die Flammen wenige Minuten später. Verletzt wurde niemand. **Mit KNA**
(-)

Bürgergespräch

Das nächste **Bürgergespräch** findet am **Dienstag, 06. Juli 2021 von 14:00 bis 16:00 Uhr** statt. Um Anmeldung wird vorab im Wahlkreisbüro unter Telefon 0541-57067 gebeten.

Reden Bundestag



Rede: Antisemitismus, jüdische Vielfalt in Deutschland – abrufbar unter: <https://dbtg.tv/fvid/7522425>

KAS-Stipendium

Die Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung bietet **Stipendien für Abiturienten** mit sehr guten Noten oder junge Studenten an, die engagiert für die christlich-demokratischen Werte eintreten. **Bewerbungsfrist für das Wintersemester 2021 ist der 15. Juli 2021.** Infos im Wahlkreisbüro unter 0541-57067 oder unter: www.kas.de

PPP-Stipendium

Mit dem Bundestag in die USA! Diese Chance haben Schüler und junge Berufstätige mit dem **Parlamentarischen Patenschafts-Programm PPP** - USA Stipendium. Als **Junior-Botschafter** lebt Ihr bei amerikanischen Gastfamilien und vertritt Deutschland. Informationen unter: www.bundestag.de/ppp. Bei Fragen könnt Ihr auch in meinem Büro anrufen: 0541-57067. Bewerbungsschluss ist der 10. September 2021.

Kontakt

Büro in Berlin
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: 030 227 – 71382
Fax: 030 227 – 76882
matthias.middelberg@bundestag.de

Büro im Wahlkreis
Heger-Tor-Wall 23, 49078 Osnabrück
Tel.: 0541 57067
Fax: 0541 957999
matthias.middelberg.wk@bundestag.de
www.mathias-middelberg.de

 facebook.com/mathias.middelberg